

Aus der Arbeit des Gemeinderates

Sitzung des Gemeinderats vom 16. Januar 2020

Entschuldigt: Gemeinderat Kay Seltrecht

Bürgerfragestunde

Ein Bürger lobte den neuen Fußweg zwischen REWE und der Apotheke. Dies sei eine wichtige Verbindung. Dennoch sollte die Gemeinde die dortigen Glasscherben beseitigen. Bürgermeister Stütz wird dies veranlassen.

Er lobte auch den schönen Außenbereich am Torwarthaus. Bürgermeister Stütz wird das Lob an den Bauhof weiterleiten.

Derselbe Bürger bemängelte den schlechten Zustand der Springenstraße. Diese sei ein richtiger „Flickenteppich“. Vielleicht könnte man zumindest ein Teilstück sanieren, damit die Straße wieder ordentlicher aussieht. Bürgermeister Stütz wird dies zusammen mit dem Bauamt besichtigen.

Bekanntgaben

Fahrplanwechsel zum 01.08.2020 – Auswirkungen für die Gemeinde Königsbronn
Ordnungsamtsleiterin Klier wies auf den Fahrplanwechsel der Buslinie Aalen-Heidenheim hin. Genaue Informationen wurden bereits im Amtsblatt Nr. 3/2020 veröffentlicht.

Stellungnahmen der Fraktionen zum Haushaltsentwurf Gemeinde und Entwurf der Wirtschaftspläne der Eigenbetriebe Wasser und Abwasser 2020

Gemeinderat Wolfgang Lutz nahm stellvertretend für die SPD-Fraktion wie folgt Stellung zum Haushaltsentwurf 2020

Liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger von Königsbronn, Itzelberg, Ochsenberg und Zang,

sehr geehrter Herr Bürgermeister Stütz,

liebe Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Gemeinde Königsbronn,

liebe Kolleginnen und Kollegen aus dem Gemeinderat!

Unsere Haushaltsrede wird gleichermaßen Rückblick und Ausblick sein, mit der ich versuchen will, die wesentlichen Positionen unserer Fraktion zu einigen zentralen Aufgaben und Problemen unserer Gemeinde verdeutlichen. Ich bin mir bewusst, dass es angesichts der Vielfalt der vor uns liegenden Aufgaben unmöglich sein wird, auch nur annähernd alle möglichen Aspekte zu streifen.

Erstmals werden wir mit dem neuen Haushalts- und Kassenwesen konfrontiert. Ein wichtiger Grundsatz bei der neuen Buchführung ist, dass sie sich an der „intergenerativen Gerechtigkeit“ orientieren soll. Das bedeutet, dass jeder Haushalt die Ressourcen, die in ihm verbraucht werden, auch wieder erwirtschaften soll. Was wir jetzt und zukünftig zu bewältigen haben, ist eigentlich eine Selbstverständlichkeit,

aber auch ein Spagat zwischen dem Anspruch unserer Bürgerinnen und Bürger auf eine attraktive und lebenswerte Gemeinde und seiner Ortsteile und einem verantwortungsvollen Umgang mit finanziellen Ressourcen – damit wir nicht auf Kosten nachfolgender Generationen leben.

Erstmals müssen oder sollten nach dem neuen Recht die Nettoabschreibungen von rd. 550.000 € innerhalb des Ergebnishaushaltes erwirtschaftet werden. Stellt man die Abschreibungen dem erwirtschafteten Minus von -44.000 € gegenüber, kommen wir 2020 mit einem blauen Auge davon.

Die diesjährige Haushaltsberatung unterscheiden sich nur wenig von den Vorigen. Wir haben in den letzten Jahren circa 20 Mio. in wichtige Projekte verbaut. Leider konnten wir die uns zur Verfügung gestandenen Mittel aus Personalkapazitätsgründen nicht vollumfänglich verbrauchen. Wir werden nach dem jetzigen Wissenstand zum Ende des Haushaltsjahres 2019 circa 8,5 Mio. in die Rücklage einstellen, davon circa 3. Mio. für nicht verbaute Projekte. Hier regen wir an, darüber nachzudenken, manche Projekte in der Umsetzung extern zu vergeben.

Die Abhängigkeit unserer Gemeinde von den Zuwendungen des Landes wie Einkommensteuer und Schlüsselzuweisungen ist deutlich sichtbar. Die hohen Investitionen sind nahezu nur den guten Gewerbesteuerzahlungen geschuldet. An dieser Stelle gilt unser Dank allen Firmen, die dazu beigetragen haben. Der Haushalt wird ohne eine Erhöhung der Hebesätze erfolgen, da sind wir uns über alle Fraktionen und Verwaltung hinweg einig.

Umso wichtiger, dass wir trotz prall gefüllter Kassen über das richtige Maß der Veränderungen in Königsbrunn diskutieren, denn niemand kann voraussagen wie lange dieses Hoch noch anhält.

Wir wollen aber nicht verzagen, wir wollen die Dinge gestalten. So gehen wir die Haushaltsberatungen 2020 an.

Wir befassen uns als Gemeinderat schon seit mehreren Jahren mit besonders wichtigen und zukunftssträchtigen Projekten und auch das Jahr 2020 bringt auf diesem Weg keine Verschnaufpause. Bereits angestoßene Projekte werden begonnen und fortgeführt, neue Investitionen auf den Weg gebracht. Man kann sich der Beurteilung dieses uns vorliegenden Haushaltsentwurfs nicht wirklich überzeugend nähern, ohne sich Gedanken darüber zu machen, wie man grundsätzlich zur Frage der Kreditaufnahme steht. Ein Blick auf die mittelfristige Finanzplanung macht nämlich deutlich, dass das in den nächsten Jahren geplante Investitionsvolumen bei weitem nicht über unsere Rücklagen oder über den Haushalt zu bewältigen ist. Um eine höhere Verschuldung in den nächsten Jahren werden wir nicht herumkommen. Am Ende 2020 werden wir in allen drei Haushalten, Gemeinde, Wasser und Abwasser rund 16 Mio. Schulden stehen haben. Man darf natürlich auch nicht außer Acht lassen, dass nicht nur diese Kredite bedient werden müssen, sondern die neu geschaffenen Werte (Kindergarten) auch betrieben, abgeschrieben und verwaltet werden müssen.

Wenn wir als SPD-Fraktion dennoch der Auffassung sind, dass wir auch aus monetärer Sicht durchaus optimistisch an die großen vor uns liegenden Aufgaben herangehen sollten, dann hat das nichts damit zu tun, dass wir einer maßlosen Verschuldung das Wort reden, sondern dass wir fest davon überzeugt sind, dass die

Bedeutung der zu leistenden Aufgaben in Verbindung mit dem aktuellen historisch niedrigen Zinsniveau ein offensives Vorgehen nicht nur möglich macht, sondern in den nächsten Jahren geradezu erzwingt.

Die Schuldenaufnahme für unsere Gemeinde auf so bedeutende Projekte wie z. B. die Sanierung der Herwartsteinhalle zu begrenzen, hat nichts mit Generationengerechtigkeit zu tun. Denn man kann, davon sind wir überzeugt, eine Gemeinde auch „kaputtsparen“. Genauso wenig, wie ein Unternehmenserbe nichts davon hat, wenn er zwar ein schuldenfreies Unternehmen erbt, in das aus Angst vor Verschuldung nicht mehr in neue Technologien und Produkte investiert wurde. Auch wir würden unseren Kindern und Enkeln einen Bärendienst erweisen, wenn wir öffentliche Investitionen unterlassen, die mehr Nutzen bringen, als sie Schulden kosten.

Der Haushaltsentwurf soll sich unserer Meinung nach in den Beratungen nicht stark verändern. Veränderungen, die Kosten verursachen, sollen sich mit Einsparungen an anderer Stelle ausgleichen.

Ich will zunächst auf den von der Kämmerei vorgelegten Haushaltsentwurf eingehen. Nach Meinung der SPD-Fraktion weist er keine Fehlsteuerungen auf, hier ist von der Verwaltung solide und vernünftig gearbeitet worden. Danke an alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Kämmerei, die sozusagen „Schwerstarbeit“ mit der Umstellung leisten mussten.

Der erste und vielleicht auch wichtigste Punkt ist die Zukunft unserer Kinderbetreuung, die Schullandschaft und der Jugendtreff, die wir mit rund 3,5 Mio. Euro im Haushalt finanzieren. Dabei haben wir über ideologische Grenzen hinweg eine gute Zusammenarbeit über alle Fraktionen entwickelt. Dafür möchte ich mich bedanken!

Wir sehen es aber skeptisch, warum der bestehende Standort des Jugendtreffs verändert werden soll. Wir möchten den Haushaltsansatz gestrichen sehen und an anderer Stelle einsetzen (Antrag 1).

Als zweiten Punkt möchte ich eine strukturelle Veränderung für den Haushalt anregen. Zu einer seriösen Haushaltsdiskussion gehört, dass sich der Gemeinderat schnell und übersichtlich darüber informieren kann, wo unser Geld eigentlich hinfließt. Eine Auflistung der freiwilligen Leistungen wäre da ein guter Schritt, um mehr Transparenz und Klarheit für den Haushalt zu schaffen. (Antrag 2)

Der dritte Punkt knüpft direkt an: Königsbronn befindet sich natürlich in einem Wettbewerbsverhältnis beim Personal mit anderen Städten, Gemeinden und vor allem mit der Industrie. Allein mit der Bezahlung werden wir hier nicht punkten können. Die Ausstattung der Arbeitsplätze, eine wertschätzende Führung, klare Hierarchien sollen der Maßstab sein. Die externe Bewertung aller Arbeitsplätze der Gemeinde ist ein erster Schritt, den wir unterstützen. Wir in der Gemeinde und die Verwaltung haben eine Vorbildfunktion, um Menschen eine vernünftige Lebensplanung zu ermöglichen. Sichere Arbeitsverhältnisse und angemessene Bezahlung sind dafür ganz wesentlich.

Weitere Schritte müssen auf dem Weg zur Generationengerechtigkeit unseres Handelns folgen.

Generationengerechtigkeit und Nachhaltigkeit müssen – und so fordert es der Gesetzgeber im neuen Haushaltsrecht mit dem Begriff des Ressourcenverbrauchs –

unser Handeln noch mehr bestimmen. Gerade in Zeiten konjunktureller Hochphasen macht man den Fehler, das Geld nur für die zweit- oder drittichtigsten Dinge auszugeben. Lassen Sie uns versuchen, die wesentlichen Dinge in der richtigen Reihenfolge zu tun, mit der Konzentration auf nachhaltige Ziele. Die in der Klausur von der Verwaltung vorgeschlagen zweitägigen Tagung begrüßen wir. Eines der Themen müsste sein: Was ist nötig? Was ist Luxus? Was ist Pflichtaufgabe? Das von Herrn Stütz angesprochene Thema „Strategische Planung bzw. ein Entwicklungsprozess beginnen“ unterstützen wir zu 100%. (Antrag 3)

Zu den Investitionen konkret:

Eine Analyse der KfW (KfW-Kommunalpanel) ergab, dass finanzschwache Kommunen für den Unterhalt ihrer maroden Infrastruktur höhere Folgekosten tragen und weniger leistungs- und wettbewerbsfähig sind als finanzstarke Kommunen, siehe unsere Nachbarn im Norden.

Für die SPD ist Vermögenspflege auch eine Frage der Generationengerechtigkeit in der Kommunalpolitik.

Deshalb unterstützen wir die Planung im Haushalt 2020, endlich die Turnhalle in Itzelberg für 300.000 € zu sanieren. Die unbefriedigende Parksituation um den Itzelberger See beschäftigt uns seit Jahren. Die im Haushalt eingeplanten 160.000 € sind gut eingesetztes Geld, wenn klar ist, wie eine sinnvolle Umgestaltung aussehen könnte.

Wir investieren 2020 rund 5.5 Mio. Euro in werterhaltende oder zukunftsweisende Projekte. Hier seien nur einige erwähnt: es werden circa 1.1 Mio. in Straßen und Brücken investiert, damit werden wir aber nur die Spitze abarbeiten können; dies wird uns die nächsten Jahre noch stark fordern.

Die örtliche Feuerwehr erfüllt eine wichtige Aufgabe im Gemeinwesen unserer Gemeinde. Die aktuelle Ausstattung wird 2020 mit drei größeren Projekten finanziell gefördert. Die Abteilung Königsbronn wird ein neues Löschfahrzeug für 500.000 Euro erhalten. In Zang wird das Grundstück (200.000 €) für ein zukünftiges neues Magazin erworben und die ersten 100.000 für die Planung und den Beginn des Baus investiert. Die restliche Summe ist im langfristigen Finanzplan enthalten und wartet auf die Umsetzung.

Die Friedhofsumgestaltung in Itzelberg wird, nachdem die Mauer fertigstellt und die Blasiuskapelle saniert ist, mit 470.000 € Haushaltsmitteln unterfüttert. An dieser Stelle gilt unser Dank dem Dorfverein Itzelberg bzw. dem ganzen Kulturverein Königsbronn mit allen seinen Helfern für ihre seit vielen Jahren ehrenamtlich geleistete Arbeit. Ohne dieses unermüdliche Engagement würde Königsbronn ganz anders aussehen.

Entwicklung von Bauflächen

Wir sollten unsere Anstrengungen 2020 darauf ausrichten, dass neue Baugebiete realisiert bzw. geplant werden. Konkret müsste ein altes Flächenangebot aus Zang aufgegriffen werden. Zusätzlich sollten freiwerdende Grundstücke immer abgeprüft werden, ob die Gemeinde ihr Vorkaufsrecht ausüben möchte, um die Flächen für benötigten Mehrgeschossbau umzuwandeln. (Antrag 4)

Diese Ausrichtung haben wir mit der Planung von Bauplätzen in Königsbronn und der Waldsiedlung 2019 auf den Weg bringen können; zukünftig müssen wir die Möglichkeit haben, jungen Familien oder anderen Lebensformen ausreichend attraktive Bauplätze zur Verfügung stellen zu können. Wir sollten dringend nach

Möglichkeiten suchen alternative Wohnformen zu ermöglichen. Die Infrastruktur für unsere Seniorinnen und Senioren, wie Einkaufen, ärztliche Versorgung, Kulturangebote, Mobilität und Hilfsangebote rund ums Haus, wird in den nächsten Jahren zeigen, ob ältere Menschen auch weiterhin in Königsbronn leben möchten und können.

In diesem Zusammenhang ist der Bürgerbus ein Baustein: Deshalb stellen wir wiederum folgenden Antrag (5):

Im Haushaltsplan 2018 hatten wir 70.000 € für die Neuanschaffung unseres Bürgerbusses eingeplant und warten seitdem auf eine elektroangetriebene Variante. Wir sollten uns schnellstmöglich für eine alternative, sinnvolle Antriebstechnik entscheiden, da alle wissen, dass der öffentliche Nahverkehr bei uns nur eingeschränkt zur Verfügung steht. Leider wurde der Bus aus dem Haushaltsansatz 2020 gestrichen, das verstehen und akzeptieren wir nicht. Unser Antrag lautet: 2020 werden 75.000 € für die Beschaffung eingeplant. Die Verwaltung muss prüfen, ob uns eine Leasingvariante den Freiraum schafft, flexibel auf einen möglichen alternativen Antrieb umzusteigen. Die Finanzierung erfolgt über die unserer Ansicht nach noch nicht notwendige Erneuerung der Weihnachtsbeleuchtung (-35.000 €) und die Nicht-Realisierung der Pumptrakanlage (-40.000 €), die unserer Meinung nach übrigens auch nicht am richtigen Ort geplant ist.

Unser letzter Antrag (6) bezieht sich auf die immer noch nicht vollzogene Fassadengestaltung der Georg-Elser-Schule. Seit Jahren warten wir auf die Kostenermittlung der geplanten Elser-Silhouette, dies muss 2020 erledigt werden. Die freiwerdenden Mittel für die Verlegung des Jugendtreffs von 30.000 € müssten hierfür mehr als ausreichend sein.

Zum Schluss

Sehr geehrte Damen und Herren, ohne die engagierte und qualifizierte Arbeit der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Gemeindeverwaltung lassen sich die großen Herausforderungen für Königsbronn nicht meistern. Deshalb bedanken wir uns für diese Arbeit. Wir danken Bürgermeister Stütz und der Kämmerei, dem Hauptamt, dem Bauamt für den vorgelegten Haushalt. Wir bitten um Unterstützung unserer Anträge durch die anderen Fraktionen.

Am Schluss meiner Ausführungen steht ein herzliches Dankeschön an die Presse und ganz besonders auch allen Bürgerinnen und Bürgern, die sich im vergangenen Jahr im besten Sinne in die Königsbronner Kommunalpolitik eingemischt haben. Behalten Sie dieses Engagement auch in der weiteren Zukunft bei.

Lassen Sie uns für Königsbronn ins Zeug legen – als Gemeinderat und mit der Verwaltung zusammen. Mutig, mit Maß und Mitte. Das ist unser Ziel.

Den Haushaltsplänen für das Jahr 2020 stimmt die SPD-Fraktion zu.

Für die SPD Fraktion
Wolfgang Lutz

Gemeinderat Joachim Wötzel nahm stellvertretend für den Unabhängigen Wählerblock wie folgt Stellung zum Haushaltsentwurf 2020

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Stütz, meine Damen und Herren von Verwaltung und Gemeinderat, liebe Bürgerinnen und Bürger von Königsbronn und den Teilorten,

die Einführung des neuen Haushalts- und Kassenwesens, auch Doppik genannt, bringt für die Verwaltung, besonders der Kämmerei, aber auch für den Gemeinderat Veränderungen und neue Herausforderungen mit sich. An der finanziellen Situation und an den Aufgaben der Gemeinde ändert sich dadurch aber nichts.

Durch die gute Vorarbeit der Kämmerei und den Klausurtagungen im November konnte eine erste Richtung für den Haushaltsplan 2020 festgelegt werden. Im Pressebericht vom 02. Januar wurde der Etatentwurf in groben Zügen schon vorgestellt.

Als positives Signal kann gewertet werden, dass im Haushaltsjahr 2020 keine Steuererhöhungen und nur geringe Gebührenanpassungen notwendig sind. Für Investitionen in den Eigenbetrieben Wasser und Abwasser sind aber neue Kreditaufnahmen nötig.

Wir vom Unabhängigen Wählerblock werden uns, auch wegen der Umstellung des Rechnungs- und Kassenwesens, wieder wie gewohnt kurzhalten und die wirtschaftliche und politische Lage nicht kommentieren.

Die guten Gesamteinnahmen 2019 werden sich voraussichtlich auch im Jahr 2020 wiederholen oder sogar übertreffen. Der Haushaltsplan hat deshalb ein ehrgeiziges und umfassendes Investitionsprogramm und sollte nach Meinung des UWB in 3 Teile gegliedert und der Wichtigkeit nach abgearbeitet werden:

Der erste Teil besteht aus den Pflichtaufgaben. Dazu gehören unter anderem Abgaben und Steuern, die Schulen und Kinderbetreuung, Wasser und Abwasser, Feuerwehr, Personalaufwendungen, Abschreibungen und vieles mehr. Hier gibt es für uns aber nur wenig Gestaltungsmöglichkeiten.

Zum zweiten Teil gehören die wichtigen Aufgaben zur Funktion und Entwicklung einer Gemeinde, wie der Unterhalt und Bau von Straßen, Rad- und Gehwegen, Spielplätzen, Sportanlagen, der Breitbandausbau, die Bereitstellung von Bauland oder auch die Bewirtschaftung der baulichen Anlagen und der Grundstücke. Hier ist wichtig, dass die Planungen und Konzepte auch umgesetzt werden können. Auch Doppel- und Mehrfachplanungen müssen begrenzt beziehungsweise verhindert werden. Ein Beispiel ist das Verkehrskonzept Itzelberger See. Es ist unbestritten, dass sich die Verkehrssituation in Itzelberg ändern muss. Mittlerweile gibt es hier aber schon ein Radwegkonzept in Verbindung mit der Gesamtgemeinde, ein Parkierungskonzept mit mehrmaliger Überarbeitung und jetzt ein Verkehrskonzept mit einer Planungsrate für die Brücke in der Brückenstraße. Unserer Ansicht nach sind die für das Verkehrskonzept geplanten finanziellen Mittel sehr hoch angesetzt. Hier muss eine Einsparung möglich sein. Die eventuell eingesparten Gelder könnten bei einem Um- oder Ausbau später wieder eingesetzt werden.

Der dritte Punkt sind die Freiwilligkeitsleistungen und die besonderen Wünsche, auch persönlicher Art. Hierzu gehört unter anderem auch die in die Jahre gekommene Weihnachtsbeleuchtung. 75.000 Euro, wenn auch auf 2 Jahre verteilt, sind auch wegen der kritischen Diskussion in der Öffentlichkeit neu zu überdenken. Eine Streichung bzw. Sperre der Ausgaben für 2020 ist bis zu einer Einigung notwendig.

Mitfahrbänke sind im Grunde eine gute Sache, sie gibt es mittlerweile in vielen Kommunen. Die dort teilweise geringe Nutzung hängt vielleicht von dem Kreis der Nutzer und den verschiedenen Angeboten z.B. wer darf wann, wo oder wohin mitfahren und auch den Haftungsrisiken ab. Die 10.000 Euro für die Anschaffung

einer entsprechenden Software wären im Bereich Bürgerbus mit einer Netzerweiterung sicher besser investiert. Auch die geplante Pumptrackanlage für 40.000 Euro in einem Gebiet, das für Ausgleichsmaßnahmen wie Heckensaum und Blühstreifen und zur Ansammlung von Ökopunkten reserviert ist, muss diskutiert werden. Hier müssen die Erfahrungen mit der Skaterbahn und der Mountainbike-Strecke an der Kläranlage Itzelberg sowie der Probelauf einer Anlage im vorigen Jahr berücksichtigt werden.

Ob alle geplanten Investitionen im Jahr 2020 getätigt werden können hängt von den Planungskapazitäten sowie der Auslastung der zu beauftragenden Firmen aber auch von den Fragen der Zuschüsse ab. Die Erfahrungen der letzten Jahre zeigen, dass die Durchführung aller Maßnahmen schwer sein wird.

Für uns vom UWB ist es erfreulich, dass die seit über 3 Jahren geforderte Sanierung der Fußgängerbrücke in der Paul-Reusch-Straße nun ausgeführt wird. Die Schäden sind hier mittlerweile unübersehbar und eine weitere Verschiebung wäre, auch auf Grund der Unfallgefahr, nicht tragbar.

Eine auch schon länger geforderte Verbesserung der Gehwegverbindung zwischen der Ortsmitte und dem Wohngebiet Roßrücken und dem sogenannten Musikerviertel ist unbedingt notwendig. Auf eine Länge von ca. 200 Metern ist an der Bachstraße eine Benutzung des Gehwegs für Kinderwagen und Rollatoren fast unmöglich. Ähnlich ist es an einem Teilstück von 50 Metern an der Ecke Eisenbahnstraße und Zanger Straße. Die Verwaltung ist für den eventuellen Neubau eines Gehwegs auf der anderen Straßenseite bereits mit der Bahn in Verhandlungen. Diese gestalten sich aber sehr schwierig.

Die Verkehrs- und damit die verbundene Lärmbelastung an der B19 erreicht mittlerweile ihre Grenzen. Hier ist dringend Handlungsbedarf erforderlich. Eine Patentlösung gibt es allerdings noch nicht. Vielleicht ergeben sich bei dem geplanten überregionalen Verkehrsgespräch Lösungsansätze. Denkbar könnte eine Umfahrung mit Tunnellösung oder eine weiträumige Umfahrung für den Fernverkehr sein. Dies würde zur Steigerung der Lebensqualität beitragen. Zudem könnte der Ausbau von Radwegen laut dem Radwegekonzept sowie eine bessere innerörtliche Verkehrsführung möglich sein. Die Entscheidung einer Umfahrung liegt aber bei der Landes- bzw. Bundesregierung. Wir als Gemeinde können die Entscheidungsträger nur immer wieder auffordern tätig zu werden und die Forderungen mit Protestaktionen begleiten (Bsp. Mögglingen, Böbingen).

Ein weiterer Punkt in Bezug auf die B19 ist die Schulwegsituation an der Fußgängerampel am Kettelerhaus. Hier entstehen fast täglich Gefahrensituationen. Eine Rotlichtkontrolle, eine erhöhte Geschwindigkeitsüberwachung und eine andere Ampelschaltung könnten hilfreich sein. Auch eine Unterführung in Verbindung mit einem Radweg wäre für die Zukunft überlegenswert, zumal die topografischen Gegebenheiten von Vorteil sind.

Die anstehenden Aufgaben der nächsten Jahre wie Hallen-, Straßen- und Kanalsanierungen sowie Maßnahmen zur Energieeinsparung und der weitere Breitbandausbau bedeuten eine hohe finanzielle Belastung und können ohne Unterstützung durch Fördermittel nicht bewältigt werden. Auch die Sanierung und der Betrieb des Gasthauses Rössle kann sich kurzfristig noch auf den Haushalt 2020 auswirken und eine zusätzliche Rücklagenentnahme erforderlich machen. Um eine weitere Bauruine in Königsbronn zu verhindern, muss auch die Situation der

Ostalbhalle betrachtet werden. Was ist sinnvoll und machbar? Ein sofortiger Gesamtabbruch oder nur ein Teilabbruch mit weiterer Nutzung des Geländes?

Für uns vom UWB ist es wichtig, dass bei allen zukünftigen Investitionen und Aufwendungen der Schuldenstand nicht weiter erhöht wird und auch der Rücklagenbestand stabil bleibt. Diese Forderung kann in Zukunft auch unpopuläre Entscheidungen notwendig machen.

Für die weitere Entwicklung von Königsbronn stellt der von der Kämmerei unter der Leitung von Herrn Cimander vorgelegte, umfangreiche Etatentwurf eine gute Grundlage dar.

Wir vom Unabhängigen Wählerblock werden dem Haushaltsplan 2020 mit den Wirtschaftsplänen Wasser und Abwasser zustimmen und bedanken uns bei allen Beteiligten.

Zum Schluss möchten wir allen ehrenamtlichen Helferinnen und Helfern in der Gesamtgemeinde für ihren Einsatz in den verschiedensten Bereichen zum Wohl von Königsbronn einen herzlichen Dank aussprechen.

Unser Dank gilt natürlich auch Herrn Bürgermeister Stütz mit den Kolleginnen und Kollegen vom Rathaus, dem Bauhof und der Kläranlage.

Vielen Dank.

Gemeinderat Dr. Dietrich Kölsch nahm stellvertretend für die CDU-Fraktion wie folgt Stellung zum Haushaltsentwurf 2020

Liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger, sehr geehrter Herr Bürgermeister, sehr geehrte Damen und Herren der Gemeindeverwaltung, liebe Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderats,

jeder Jahreshaushalt stellt einen Kompromiss dar zwischen dem Wünschenswerten und dem Machbaren. Auch gilt es abzuwägen zwischen der wünschenswerten Sparsamkeit und der Notwendigkeit, die Infrastruktur zu erhalten und auszubauen, um unsere Gemeinde lebenswert zu erhalten. Die Gemeindeverwaltung hat hier einen Haushaltansatz vorgestellt, der einen guten Kompromiss zwischen den zu berücksichtigenden Faktoren darstellt. Unsere Fraktion wird dem Haushalt daher zustimmen.

Wenn die Aufgabe der Gemeinde und des Gemeinderats nur darin bestehen würde, Investitionen auf den Weg zu bringen, könnte ich meine Haushaltsrede nun beenden und würde vermutlich mit der kürzesten Haushaltsrede aller Zeiten in die Annalen unserer Gemeinde eingehen.

Aufgabe der Gemeindeverwaltung und des Gemeinderates ist es aber auch, Weichenstellungen vorzunehmen und Strukturen zu erarbeiten, mit deren Hilfe Dritte, seien es private oder öffentliche Investoren, zur Verbesserung der Lebensqualität von Königsbronn beitragen können. Diese Aufgabenstellungen werde ich nun näher beleuchten und dabei auch die Ergebnisse der letzten Bürgerfragestunde berücksichtigen.

I. Die B19

Die Gemeinde Königsbronn leidet in zunehmendem Maße an einer Überlastung der über die B19 verlaufenden Verkehrsachse im oberen Brenz- und Kochertal. Mit einem weiteren Verkehrszuwachs ist aufgrund des industriellen Ausbaus (interkommunales Gewerbegebiet, Neuansiedlung von Industrie in Oberkochen) zu rechnen. Wir benötigen daher eine Ortsumfahrung. Eine solche Lösung wird sicherlich nicht vom Himmel fallen und ist ohne Anstrengung und Kampf nicht zu haben! Daher werden wir die Gründung einer Bürgerinitiative für eine Ortsumfahrung von Königsbronn in die Wege leiten. Die Gründungsveranstaltung wird am 27.01.2020 im kleinen Saal der Hammerschmiede stattfinden. Diese Bürgerinitiative soll partei- und fraktionsübergreifend für eine Umfahrung der B19 eintreten. Ich hoffe auf die Unterstützung und Mitarbeit möglichst vieler Bürger unserer Gemeinde!

II. Wohnraum

Ein weiterer zentraler Punkt der zukünftigen Gemeindeentwicklung ist die Wohnsituation in Königsbronn. Insbesondere für junge Familien und Arbeitnehmer, die nicht bzw. noch nicht in der Lage sind, eigenen Wohnraum zu kaufen aber auch kein Anrecht auf Wohngeld und die Unterbringung in Sozialwohnungen haben, sind zunehmend nicht mehr in der Lage, geeignete Wohnungen in Königsbronn zu finden. Ein anstehendes Treffen mit Vertretern der Kreisbau sollte genutzt werden, um insbesondere Investitionen in Wohnungen für diese Bevölkerungsgruppe anzuregen. Entsprechende, der Kreisbau gehörende, Brachgrundstücke finden sich u.a. in der Wilhelm-Hauff- und der Silcherstraße. Junge Familien in Königsbronn zu halten, stellt eine dringend notwendige Investition in die Zukunft unserer Gemeinde dar.

III. Einkaufssituation/Apotheken

Durch die Eröffnung von Rewe- und Drogeriemarkt hat sich die Einkaufssituation deutlich verbessert. In diesem Zusammenhang gilt unser Dank der Gemeindeverwaltung und dem Bauhof, die innerhalb kurzer Zeit eine Radverbindung zwischen Rewe- und Nettomarkt entlang der Bahnlinie geschaffen haben. Es gilt nun aber diese verbesserte Einkaufssituation zu erhalten und wenn möglich auszubauen. Ein besonderes Augenmerk muss dabei den beiden Apotheken in Königsbronn gelten. Beide Inhaber haben das 60. Lebensjahr überschritten. Ein reibungsloser Weiterverkauf einer Apotheke im ländlichen Raum ist längst kein Selbstläufer mehr und so bitte ich die Gemeindeverwaltung, das Gespräch mit Frau Schmidt und Herrn Post zu suchen, um den Erhalt unserer Apotheken zu sichern. Weiterhin sollte versucht werden, die Ansiedlung weiterer Geschäfte insbesondere im Streifen zwischen Bahnlinie und B19 zu fördern, um hier eine attraktive Ortsmitte gestalten zu können.

IV. Ausbau öffentlicher Nahverkehr/Brenzbahn

Neben der zu fordernden Ortsumfahrung für die B19 muss auch eine Förderung des öffentlichen Nahverkehrs erfolgen. Hierzu gehört neben einem, zumindest abschnittswisen, zweigleisigen Ausbau der Brenzbahn mit der Möglichkeit eines Zugverkehrs zwischen Ellwangen und Ulm im Halbstundentakt auch die kreisübergreifende Vernetzung des Busverkehrs. Damit der öffentliche Nahverkehr auch angenommen wird, bedarf es insbesondere zweier Maßnahmen: ein enger Zeittakt, der ein rasches Vorankommen bis in die späten Abendstunden (vor allem am Wochenende) ermöglicht und ein wettbewerbsfähiger Preis für Einzelpersonen und Gruppen wie z.B. Familien.

V. Moblfunknetz Ochsenberg/weiterer Ausbau des Glasfasernetzes

Derzeit gibt es Bestrebungen der Bundesregierung, das Mobilfunknetz auszubauen und insbesondere Funklöcher auch im ländlichen Bereich zu schließen. Ich bitte auch hier die Gemeindeverwaltung, ob hier Unterstützung insbesondere für den Anschluss unseres Teilortes Ochsenberg an das Mobilfunknetz möglich ist. In diesem Zusammenhang sollten wir auch den weiteren Ausbau des Glasfasernetzes fortführen.

VI. Industrieansiedlung/Start-ups

Die wirtschaftliche Situation in Deutschland scheint sich einzutrüben. Dies betrifft insbesondere die für unsere Region so wichtigen Branchen der Automobilzulieferindustrie und des Maschinenbaus. Umso wichtiger ist es, die Ansiedlung neuer Unternehmen zu fördern. Aufgrund der eingeschränkten Verfügbarkeit von Industriefläche durch die geographische Lage Königsbronn denke ich vor allem auch an den Aufbau und Vermietung von Büros, die z.B. von Start-up Unternehmen im IT-Bereich genutzt werden können. Hier würden sich unsere Investitionen in das Glasfasernetz nochmals auszahlen. Da die Hochschulen in Heidenheim und Aalen solche Start ups fördern, lautet auch hier meine Bitte an die Gemeindeverwaltung, Kontakt zu den Hochschulen aber auch zur IHK aufzunehmen, ob dort ein entsprechender Bedarf an Räumlichkeiten besteht.

VII. Jugendarbeit

Es freut uns sehr, dass die Jugendarbeit in unserer Gemeinde gut angenommen wird. Nun hat sich gezeigt, dass das bestehende Raumangebot im Container an der Brenzschule zwischenzeitlich zu klein geworden ist. Eventuell wäre es hier möglich im Gebäudebestand der Gemeinde im Klosterhofareal entsprechende Räumlichkeiten zur Verfügung zu stellen, um die Jugendarbeit fortsetzen und ausbauen zu können. Wir stellen daher den Antrag, die Gemeinde möge prüfen, ob Räumlichkeiten im Klosterhofareal für die Jugendarbeit zur Verfügung gestellt werden können.

VIII. Seniorentreffpunkt

Neben den Kindern und Jugendlichen gibt es eine weitere Bevölkerungsgruppe in Königsbronn, denen unser besonderes Augenmerk gilt: Die Senioren. Insbesondere durch den Wegfall zahlreicher Gastronomiebetriebe in Königsbronn fehlt ein Treffpunkt für unsere älteren Mitbürger. Wir regen daher an, Möglichkeiten für einen solchen Treffpunkt zu schaffen. Hier könnte ich mir z.B. die Nutzung von Räumlichkeiten des Kulturvereins (Klosterschenke, Café im Kaffeekannenmuseum) aber auch kirchliche Räumlichkeiten vorstellen.

IX. Gasthaus Rössle/Langes Haus

Abschließend bleiben noch zwei große zukünftige Aufgaben zu nennen: Zum einen betrifft dies die Zukunft des Gasthauses „Rössle“. Entsprechende Maßnahmen wurden hier bereits eingeleitet und wir alle hoffen, dass zumindest mittelfristig eine befriedigende Lösung erzielt werden kann. Zum Zweiten fehlt es seit langem an einem Konzept zur zukünftigen Nutzung des Langes Hauses. Dieses Gebäude liegt in exponierter Lage mitten in Königsbronn. Wir stellen daher den Antrag, die Gemeindeverwaltung möge zusammen mit dem Gemeinderat Nutzungsmöglichkeiten für das Lange Haus erarbeiten.

Sie sehen also, trotz der großen Anstrengungen der letzten Jahre bleibt noch vieles zu tun! Ich wünsche uns allen viel Erfolg bei der Umsetzung dieser Projekte zum Wohl einer lebens- und liebenswerten Gemeinde Königsbronn mit den Teilorten Itzelberg, Ochsenberg und Zang.

Ich wünsche allen Anwesenden und der gesamten Gemeinde ein glückliches und gesundes Neues Jahr und schließe mit einem Königsbronner „Glück auf!“

Gemeinderat Werner Glatzle nahm stellvertretend für die Unabhängige und Bündnis 90/Die Grünen wie folgt Stellung zum Haushaltsentwurf 2020

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen im Gemeinderat, sehr geehrte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Verwaltung und der kommunalen Betriebe, sehr geehrte Bürgerinnen und Bürger!

Unsere Fraktion schließt sich dem Dank der anderen an, dem Dank an die Verwaltung für die Arbeit im vergangenen Jahr, besonders dem Dank an Herrn Cimander und seine Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter für das Erstellen des Haushaltsplanentwurfs nach neuer Rechnung.

Wir hoffen, dass das neue Buchungssystem Doppik klarer als bisher die vollen und langfristigen Kosten von Entscheidungen ausweist, wir begrüßen die Möglichkeit besserer Transparenz und hoffen, dass wir in künftigen Beratungen die wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und ökologischen Folgen unserer Entscheidungen damit besser berücksichtigen können.

Die Mittel der Gemeinde sind weitgehend in großen Projekten und in den Pflichtaufgaben der Kommune gebunden wie Schul- und Kindergartenbauten, Erhaltung der Straßen und der Infrastruktur, in Ausgaben für Bildung und Kinderbetreuung. Das alles und auch die Ausgaben für die Renovierung der Georg-Elser-Gedenkstätte sehen auch wir als wichtig an.

Mit dem sich beschleunigenden Klimawandel rücken aber für unsere Kommune neue Aufgaben in den Bereich des dringend Notwendigen, die nicht im herkömmlichen Pflichtenkatalog einer Kommune stehen.

Zum Erhalt unserer planetaren Lebenswelt ist es wissenschaftlich und politisch als dringlichste Aufgabe gerade für Bürger und Kommunen anerkannt, unsere Lebens- und Wirtschaftsweise klimaschützend und nachhaltig umzugestalten. Zentral ist dabei die Abkehr von kohlenstoffhaltigen fossilen Rohstoffen zu erneuerbaren Energie- und Rohstoffquellen.

Staat und Regierungen sollten dringend Rahmenvorgaben machen – sie tun das nur sehr zögerlich. Wir Bürger haben die praktische Umsetzung des Wandels an der Backe – und zwar spätestens jetzt und in diesem Jahrzehnt.

Mit Michael Gorbatschow könnte man sagen:
„Wer zu spät kommt, den bestraft das Klima.“

Daher betrachten wir die Aufgaben und Ausgaben der Gemeinde besonders unter den Aspekten von Klimaschutz und Nachhaltigkeit.

Ein erster kleiner Schritt dazu ist die von uns schon vor etlichen Jahren beantragte Umrüstung der Straßenbeleuchtungen auf LED-Leuchtmittel. Wir freuen uns, dass jetzt ein Plan dazu in Arbeit ist und demnächst beraten werden soll.

In den Jahren 2017 bis 2019 wurde für die Gemeinde Königsbronn ein Energetisches Quartierskonzept erstellt. Im Prinzip wissen wir daraus, wie die Energiewende bei der Hauswärme gehen kann.

Seither arbeitet der Arbeitskreis Bürger-Energie daran, die klimafreundlichen Optionen für die Königsbronner Energiewende zu präzisieren.

In diesem Jahr wird eine Initiativegruppe in Zusammenarbeit mit der Gemeinde eine Bürger-Energie-Genossenschaft gründen, die sich mit erneuerbarer Stromgewinnung, mit möglichst CO₂-freier Wärmeversorgung von Gebäuden und mit Energie-Dienstleistungen befassen soll. Dieses Projekt wird demnächst im Gemeinderat, in einer Bürgerinformation und mit Flyern vorgestellt.

Da die Genossenschaft auch die Aktivitäten der Gemeinde im Bereich der Infrastruktur und der Daseinsvorsorge ergänzen soll, halten wir es für wichtig und wünschenswert, dass die Gemeinde der Genossenschaft als Mitglied mit einer wirksamen finanziellen Einlage beitrifft.

Für die Starteinlage der Gemeinde in der Energie-Genossenschaft beantragen wir, 25.000 € im Gemeindehaushalt 2020 vorzusehen.

Neben Stromerzeugung und Hausheizungen ist der Verkehrsbereich ein großes Problem für den Klimaschutz. In Königsbronn fahren immerhin einige private Elektro-PKWs und wir haben zwei Ladesäulen.

Die Gemeindeverwaltung muss in diesem Jahrzehnt ihren Fuhrpark im Zuge der Erneuerungen mit Elektrofahrzeugen ausstatten und den Strom dafür auf ihren Dächern zu erzeugen. Auch dabei kann ihr die Genossenschaft helfen.

Besonders gesund und klimafreundlich ist Radfahren. Wir haben ein Radwegekonzept, zu dem einige Bürger ergänzende Vorschläge eingereicht haben. Der Gemeinderat wird das Konzept demnächst beraten und beschließen.

Fahrradfahren soll nicht nur für die Freizeit, sondern auch für Pendler zu einer interessanten Alternative werden. Im aktuellen Haushaltsplan sind gerade mal 50.000 € für erste Maßnahmen vorgesehen. Bei einem kommunalen Finanzbedarf dafür von über 1 Mio € nach Abzug der Fördermittel sollten wir in den Folgejahren deutlich höhere Summen dafür bereitstellen, sonst wird das in Jahrzehnten nicht fertig.

Im Berufsverkehr ist auch ein Radschnellweg keine abwegige Idee. Selbst wenn nur 10% der Pendler aufs Fahrrad umsteigen, wäre schon das ein Beitrag zur Abgasminderung.

Für die Umsetzung des Radwegekonzepts beantragen wir, ab 2021 min. 5 Jahre lang jährlich 200.000 € in die Finanzplanung aufzunehmen.

Die B19 ist die lauteste und abgasreichste Straße mitten durch Königsbronn. In den morgendlichen und abendlichen Berufsverkehrszeiten sind kilometerlange Staus die Regel, Abgase verpesten die Atemluft. Das ist klima- und gesundheitsschädlich.

Die Pendler finden aber entlang des Brenz- und Kochertals keine überzeugende öffentliche Verkehrsalternative vor, die man wirklich schnell, bequem, gut koordiniert und preisgünstig nennen könnte.

Der Busfahrplan orientiert sich Schulbussen, an betrieblichen Interessen der hvg und alten Traditionen, er ist nicht mit der Bahn koordiniert. Den

Werksbusverkehr müsste man attraktiver gestalten. Aber Busse stehen auch oft im Straßenstau, solange bei der Bahn nichts Durchgreifendes geschieht.

Wir meinen: Zum zukünftigen Mix des Berufsverkehrs im Brenztal gehört unbedingt S-Bahnverkehr auf der Brenzbahn auch im Bereich Aalen – Heidenheim, in den Hauptverkehrszeiten im 15-Minuten-Takt. Die bisherigen Brenzbahn-Pläne, bei Sontheim einige Kilometer zweigleisig auszubauen, werden dem derzeitigen und künftigen Berufsverkehr zwischen Heidenheim und Aalen nicht gerecht. Der angedachte Donau-Iller-S-Bahn-Verkehr zwischen Ulm und Heidenheim muss bis Aalen verlängert werden. Und dafür müssen weitere zweigleisige Abschnitte zwischen Aalen und Heidenheim zusätzlich geplant und gebaut werden. Wir plädieren für die Ertüchtigung der ganzen Brenzbahn! Der Abschnitt Heidenheim - Aalen ist für Königsbronn und die Entlastung der B19 im Berufsverkehr entscheidend wichtig!

Die beiden Landkreise und die Firma Zeiss veranstalten einen regionalen Mobilitäts- und Zukunftskongress am Montag, 16. März, im Zeiss-Forum.

Wir rufen die Spitzen der Gemeindeverwaltung und die Mitglieder des Gemeinderats dazu auf, an diesem Kongress aktiv teilzunehmen. Wir Königsbronner müssen uns im eigenen Interesse für wirklich zukunftsfähige ÖPNV-Lösungen stark machen, halbe Sachen lösen unser B-19-Problem nicht. Die Gelegenheit zur Zusammenarbeit mit den beteiligten Landkreisen und Kommunen dürfen wir nicht verstreichen lassen! Hinter den großen Aufgaben sollten auch persönliche Empfindlichkeiten zurückstehen. In diesen Zusammenhang gehört auch der im Regionalplan schon lange vorgesehene Bahn-Haltepunkt „Oberkochen Süd“ am neuen Gewerbegebiet.

Wir beantragen, dass die Vertreter der Gemeinde im IKG-Zweckverband dafür sorgen, dass Flächen für den Bahnhofpunkt „Oberkochen Süd“ im Bebauungsplan für das IKG berücksichtigt werden zusammen mit den dafür nötigen Zu- und Abwegen samt B19-Querung zum östlichen Gewerbegebiet.

Immerhin füllt unser Bürgerbus einige der Bedienungslücken des Busverkehrs. Der Bürgerbus ist eine vorbildliche Einrichtung. Wir möchten uns bei dieser Gelegenheit bei den ehrenamtlichen Fahrern ganz herzlich für Ihren zuverlässigen Einsatz bedanken. In Zukunft könnte ein weiter entwickeltes Betriebsmodell mit flexiblen Fahrzeiten und flexiblen Fahrstrecken die Mobilitätsbedürfnisse der Bürger noch besser abdecken und etliche Zweit- und Drittautos unnötig machen.

Verwaltung und Gemeinderat sollen hierzu externen Rat durch Verkehrsexperten z.B. von der staatlichen „Nahverkehrsgesellschaft Baden-Württemberg“ und von erfahrenen Betreibern solcher Mobilitätsmodelle einholen. Und wir sollten in diese Diskussion alle Beteiligten, besonders auch die Bürgerbusfahrer, einbeziehen. Vielleicht kann sich auch eine neue Gruppe in der Zukunftsoffensive mit diesem Thema vorberatend befassen.

Da diese Entwicklung noch offen ist, beantragen wir, das geplante neue

Fahrzeug für den Bürgerbus nicht zu kaufen, sondern für einige Jahre zu leasen.

Auch in zahlreichen weiteren Bereichen können Bürger und Gemeinde im Sinne des Klimaschutzes, der Nachhaltigkeit und des Ressourcenschutzes aktiv werden. Um hierfür einen konkreten und zielführenden Maßnahmenkatalog aufzustellen, hat die Steinbeis-Transfergesellschaft bei der Hochschule Aalen der Gemeinde angeboten, ein Handlungskonzept für Königsbronn zu entwickeln. Der Arbeitskreis Bürger-Energie hat einige Vorschläge dazu gesammelt, wir hoffen auf weitere Vorschläge aus der Bürgerschaft und von Seiten der Gemeinde.

Für den Auftrag an die Steinbeis-Transfergesellschaft über ein „Handlungskonzept Klimaschutz und Nachhaltigkeit in Königsbronn“ beantragen wir, zusätzlich 10.000 € in den Haushaltsplan 2020 einzusetzen.

Beim Thema Ortsentwicklung bemüht sich die Gemeindeverwaltung an Schwerpunkten wie dem „Rössle“ die Entwicklung zu steuern. Auch wir wollen wieder gute Gastronomie und Hotelbetten in Königsbronn. Wir vermissen aber ein abgestimmtes Entwicklungskonzept, das zumindest für die Mitte Königsbronns ungefähr zwischen Bahnhof und Rathaus, Rewe und Feilenschleiferei Leitlinien für Raumordnung und künftige Bebauung festlegt.

Wir hören in Bürgergesprächen immer wieder, dass neben preisgünstigen Wohnungen mit Standardausstattung auch Geschosswohnungen mit gehobenem Standard von jungen Angestellten gesucht werden. Von beiden Mietwohnungstypen gibt es in Königsbronn zu wenige. Im Zusammenhang mit der Ortsentwicklung könnte das Errichten von mehrgeschossigen Wohnbauten durchaus kommunal und mit Landeszuschüssen begünstigt werden. Einer der naheliegenden Partner ist die Kreisbaugesellschaft, aber auch investitionswillige Bürger oder Bauträger könnten im Rahmen eines solchen Plans zu einer abgestimmten Gestaltung der Ortsmitte beitragen. Wir finden es wichtig, neue Wohnungen in fußläufiger Nähe zum – hoffentlich verbesserten – ÖPNV und zu den verschiedenen Einrichtungen in der Gemeinde zu bauen.

Wir bitten die Verwaltung, vor den Haushaltsberatungen für 2021 gemeinsam mit dem Gemeinderat die Aufgabenstellungen für einen Ortsentwicklungsplan zu formulieren, geeignete Planungsbüros für ein Ortsentwicklungskonzept zu benennen und Angebote für einen Planungsauftrag einzuholen.

Darüber hinaus halten wir es für wichtig, Baurichtlinien z.B. in Form einer Gemeinde-Bausatzung entsprechend dem heutigen Wissen über gesundes, klimaschonendes und nachhaltiges Bauen und Wohnen zu formulieren. Der Arbeitskreis Bürger-Energie hat hierzu im Sommer einen Vorschlag vorgelegt, der sich als Grundlage für die Beratung eignet. Der Handlungskatalog, den wir beim Steinbeis-Transferzentrum in Auftrag geben wollen, kann weiterführende Gesichtspunkte dazu beitragen.

Wir beantragen die Erarbeitung und Verabschiedung einer zukunftsorientierten Gemeinde-Bausatzung, die als Richtlinie für alle Neubauten und wesentlichen Umbauten gelten soll.

Die Zukunftsoffensive hat in Königsbronn viel bewegt und soll das weiterhin tun können. Wir unterstützen die Weiterentwicklung dieser beispielhaften Institution direkter Bürgerbeteiligung nachdrücklich. Die dafür vorgesehenen relativ bescheidenen Finanzmittel sind gut ausgegeben.

Im Rahmen der Zukunftsoffensive koordiniert der Arbeitskreis Ökologie neben anderen Aktivitäten die Vereine und Bürger bei der Durchführung des Zanger Weiherfestes. Der Wunsch der Zanger, das Fest nun doch wieder jährlich abhalten zu können, kam für die Termin- und Haushaltplanungen Ende 2019 allerdings zu spät.

Wir beantragen, nachträglich 3.000 € zur Defizitdeckung für das nächste Zanger Weiherfest am 18.7.2020 in den Haushaltsplan einzufügen.

Die Blühwiesen-Initiative der Gemeinde unterstützen wir gern. Wir hoffen, dass die Maßnahmen den Insekten wirklich helfen, einige Arten sind schon ausgestorben, viele weitere sind bedroht.

Der von uns Menschen angefeuerte Klimawandel betrifft zunehmend auch den heimischen Wald. Das Tempo des Klimawandels überfordert die natürliche Anpassungsfähigkeit unserer Wälder. Das kann in den nächsten Jahren noch ein buchstäblich heißes Problem werden. Waldbrände in ausgetrockneten Wäldern häufen sich inzwischen auch in deutschen Sommern.

Trotzdem wollen wir gemeinsam mit Ihnen, beflügelt von Hoffnung und mit Entschlossenheit, die Aufgaben anpacken, die vor uns stehen.

Eines aber muss klar sein:

Aussitzen können wir den Klimawandel nicht!

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

Annahme von Spenden

Bei der Gemeinde ging ein Spendenangebot in Höhe von insgesamt 50 € ein. Der Gemeinderat nahm das Spendenangebot in Höhe von 50€ an und stimmte der Verwendung des angegebenen Zweckes zu.